



**Reaktionen**

**Ewald Nowotny**  
OeNB-Gouverneur



■ **Im Prinzip** ist die Forderung nach einem gemeinsamen Finanzministerium für die Eurozone eine unterstützenswerte Idee, aber, und das wissen alle Beteiligten, auch eine Frage der Machbarkeit.

**Niki Lauda**  
Airliner



■ **Ich halte** das für eine Schnapsidee. Die EU sollte sich lieber um die wirklich wichtigen Dinge kümmern, die Europa jetzt beschäftigen. Und das sind die Flüchtlinge. Die EU ist aufgrund ihrer Größe und Komplexität enorm träge und deshalb unfähig, Probleme zu lösen, die über die Krümmungswinkel von Bananen hinausgehen. Ein gemeinsames Finanzministerium zu fordern, ist völlig absurd.

**Christoph Neumayer**  
IV-Generalsekretär



■ **Eine gemeinsame** Fiskalpolitik in einem EU-Finanzministerium bietet die Möglichkeit, die Steuergesetzgebung im Sinn einer Entlastung für Unternehmen zu harmonisieren, z. B. könnte die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage umgesetzt werden. Allerdings ist fraglich, ob die europäischen Staaten angesichts der Flüchtlings- oder Brexit-Debatte zu einem solchen Schritt bereit sind, schließlich bedeutet das auch eine Aufgabe von Souveränität.

**Sepp Schellhorn**  
Hotelier und Politiker



■ **Hier wird** das Pferd von hinten aufgezäumt. Was bringt ein gemeinsamer Finanzminister, wenn es keine gemeinsame Fiskalpolitik gibt? Man muss sich genau überlegen, welche Kompetenzen ein europäischer Finanzminister haben sollte, damit das sinnvoll wäre.

**Finanzpolitik**



Die Forderung nach einer gemeinsamen Fiskalpolitik der Eurozone findet nicht nur Befürworter.

# Euro-Ministerium zur Rettung der Währung

**Wegen der hohen Defizite und wirtschaftlichen Ungleichgewichte sollen die Mitgliedstaaten näher zusammenrücken. Gefordert wird ein gemeinsames Finanzministerium. In Österreich gehen die Meinungen dazu auseinander.**

WIEN. Man müsse, verkündeten Jens Weidmann und François Villeroy de Galhau am Montag unisono, „die Schaffung eines gemeinsamen Finanzministeriums für die Eurozone in Erwägung ziehen“. Die hohe Staatsverschuldung und die wirtschaftliche Schiefelage vieler Mitgliedstaaten könne nur durch eine gemeinsame Fiskalpolitik wieder ins Lot gebracht werden, hieß es.

Wirklich neu ist die Forderung der Notenbank-Präsidenten Deutschlands und Frankreichs nicht. Schon im Zuge der Finanzkrise wollte der damalige Chef der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, ein EU-Finanzministerium installieren – das Ansinnen stieß nur bedingt auf Gegenliebe. Die Positionen haben sich seither nur wenig verändert. „Bevor man über eine Vergemeinschaftung nachdenkt,

müssen erst einmal die bestehenden Systeme funktionieren“, gibt man sich im Finanzministerium abwartend. „Jetzt über neue Funktionen nachzudenken ist wenig zielführend“, sagt Michaela Berger, Sprecherin von Minister Hans Jörg Schelling.

**Vorschlag unausgegoren**

Skeptisch äußern sich auch die Ökonomen von Wifo und IHS zu diesen ambitionierten Plänen. „Wirtschaftlich gesehen mag eine gemeinsame Fiskalpolitik sinnvoll sein, allerdings bezweifle ich, ob sich dafür eine politische Mehrheit findet“, sagt IHS-Chefökonom Helmut Hofer. Die Erfahrungen in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass kaum ein Finanzminister bereit sei, seine Kompetenzen abzugeben. „Ein solcher Schritt würde eine Revision der Europaverträge erfordern. Das

durchzusetzen wird schwierig“, ergänzt Thomas Url vom Wifo.

Zumal dieses „Mammutprojekt“ eine einheitliche Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung beinhalten müsse. „Dazu braucht man ein Schatzamt und eine zentrale Legislative, die die Vorgaben dafür festlegt. Letzteres kann nur das EU-Parlament sein, welches man dann quasi fragmentieren müsste, weil ja nur die Euroländer mitreden dürfen“, sagt Url, der den Vorschlag als „eher unausgegoren“ beurteilt.

Uneinigkeit über die Sinnhaftigkeit des Vorschlags herrscht auch bei den vom Wirtschaftsblatt befragten österreichischen Wirtschaftschefs. Von „Schnapsidee“ bis zu uneingeschränkter Zustimmung ist alles dabei.

ELISABETH HOFER  
SONJA GERSTL  
sonja.gerstl@wirtschaftsblatt.at

**Reaktionen**

**Christoph Leitl**  
WKÖ-Präsident



■ **Gerade** in schwierigen Zeiten wie diesen wäre es gut, eine gemeinsame Vorgehensweise zu wählen, wie das ja bereits in Sachen Steuer-schlupflöcher geschieht. Ich begrüße diesen Vorstoß.

**Hannes Androsch**  
Industrieller



■ **Ein gemeinsamer** Binnenmarkt, und dieser wird ja wohl mehr als positiv bewertet, verlangt ein Mindestmaß an Finanzunion. Was die Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Teilnehmer betrifft, bedarf es einer Institution. Dafür bietet sich ein gemeinsames europäisches Finanzministerium an. Ich würde es begrüßen, wenn sich die Mitgliedstaaten auf ein solches einigen könnten.

**Dieter Siegel**  
CEO Rosenbauer



■ **Wenn man** sieht, mit wie viel Mühsal und Diskussionen der Bund-Länder-Ausgleich behaftet sind, kann ich mir nicht vorstellen, dass das auf europäischer Ebene funktionieren könnte. Die Staaten wären mit einem derartigen Souveränitätsverlust bei ihrer Budgetgestaltung niemals einverstanden. Natürlich gäbe es auch Vorteile, etwa Klarheit bei der Subventionierung von Unternehmen. Auch ein einheitliches Steuersystem wäre für internationale Investoren gut.

**Claus Raidl**  
OeNB-Präsident



■ **Ich begrüße** den Vorschlag. Eine Währungsunion kann nur bestehen, wenn es auch eine politische Union gibt. Wenn man eine funktionierende EU will, dann muss man bereit sein, Macht nach Brüssel auszulagern.